

BERICHT RATSFRAKTION

ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Das politische Jahr 2024 begann mit der Ankündigung des von uns seit 2014 unterstützten Oberbürgermeisters Erik O.Schulz, nicht erneut kandidieren zu wollen. Trotzdem erfolgte die politische Arbeit überwiegend weiterhin in den bekannten Allianzzusammenhängen, wobei sich auch die Kontakte zur SPD stellenweise (insbesondere im Schul- und Sozialbereich) ausweiteten. Eine mögliche neue 3er-Kooperation nach der Kommunalwahl im September 2025 warf hier im Sommer 2024 einen Schatten voraus, als man das neue Schulprojekt am Dünningbruch mit den Stimmen der CDU/SPD/Grünen in den Rat einbrachte. Dafür zogen sich die lose assoziierte Wählergemeinschaft „Hagen Aktiv“ im Rahmen der Haushaltsplanberatungen endgültig aus der Jamaikakooperation zurück.

Beherrschende Themen in 2024 waren neben den Haushaltberatungen 2024/2025, die Schulentwicklungsplanung und der desaströse Zustand vieler innerstädtischen Brücken, der ja in der Sperrung der Ebene 2 in Altenhagen seinen Höhepunkt fand.

Im Berichtszeitraum (01.01.24-26.03.25) hat sich die GRÜNE Ratsfraktion intensiv und kontinuierlich in die kommunalpolitische Arbeit in Hagen eingebracht. Unser Ziel war es, grüne Inhalte in zentralen Themenfeldern wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, Bildung, Teilhabe und Stadtentwicklung voranzubringen und konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen, insbesondere durch die angespannte Haushaltslage, haben wir wichtige Anträge und Initiativen eingebracht, mit denen wir unsere politischen Schwerpunkte deutlich gemacht haben – vom kommunalen Energiemanagement über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zu Maßnahmen zur sozialen Infrastruktur, wie der Erhalt von Beratungsangeboten und die Forderung nach einem sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche sowie der konzeptionellen Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnungslosigkeit. Gleichzeitig haben wir uns in den Haushaltsberatungen klar gegen Einsparungen ausgesprochen, die aus unserer Sicht den sozialen Zusammenhalt, die ökologische Transformation oder die Lebensqualität in den Quartieren gefährden würden. Die äußerst prekäre Haushaltslage führt dazu, dass oft auch schon der bloße Erhalt kommunaler Angebote und Strukturen als Erfolg gesehen werden können.

Der folgende Überblick dokumentiert die wesentlichen Anträge, Initiativen und Anfragen der Fraktion im vergangenen Jahr. Dabei wird deutlich, wo GRÜNE Inhalte eingebracht, mitgestaltet oder durchgesetzt wurden – ebenso wie dort, wo wir mit unseren Anliegen nicht durchgedrungen sind, aber wichtige Impulse gesetzt haben.

1. ANTRÄGE

Einführung eines kommunalen Energiemanagements (IBA 24.01.24)

Auf GRÜNE Initiative wurde beantragt, ein kommunales Energiemanagement einzuführen, um den Energieverbrauch der Stadt systematisch zu erfassen, Einsparpotenziale zu erkennen und Maßnahmen umzusetzen. Die bisherigen Ansätze, wie eine interne Arbeitsgruppe, reichen nicht aus, um das volle Potenzial auszuschöpfen. Ein strukturiertes Energiemanagement kann kurzfristig Kosten senken und langfristig nachhaltige Einsparungen ermöglichen, insbesondere in energieintensiven Bereichen wie Schulen. Angesichts der Energiekrise und steigender Kosten wird deutlich, wie wichtig kontinuierliche Einsparungen sind. Dies unterstützt Klimaschutz und Klimaneutralität und schafft Synergien mit Projekten wie dem Ausbau von Photovoltaikanlagen.

Beschlossen

Barrierefreie Haltestellen (UKM 04.02)

Es wurde diskutiert, alle zukünftig umzubauenden Haltestellen barrierefrei nach DIN 18040-3 zu planen und auszubauen. Dabei soll die Qualität des Ausbaus Vorrang vor dem aktuellen Standort haben. Zudem sollen Warteflächen über die gesamte Länge eines Busses gestaltet werden, um den Einsatz von Fahrzeugen mit Türen am Heck zu ermöglichen. Konkret wurde entschieden, die Haltestellen „BasseDruck“ und „Klopstockstraße“ entsprechend diesen Standards umzubauen. Grundlage für den Beschluss waren Erkenntnisse aus einer Bereisung der Haltestellen, die in diese Maßnahmen einfließen.

Vor der Sitzung zurückgezogen, Auf der Sitzung vom 20.03 geändert beschlossen

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025 (SID 21.02.24)

Auf GRÜNE Initiative wurden die vorgeschlagenen HSK-Maßnahmen abgelehnt. Dabei handelt es sich um die „Kürzung des Zuschussbudgets der Freien Träger“ sowie den „Wegfall der Bezuschussung für Asylbewerberbetreuung“. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Träger über eine mögliche Reduzierung der Kosten, beispielsweise im Bereich der Overheadkosten, zu verhandeln, wobei das Angebot erhalten bleiben soll. Die Diakonie Mark-Ruhr hat sich über viele Jahre hinweg durch ihre fachlich herausragenden Beratungs- und Betreuungsangebote sowie ihr starkes Netzwerk in die Stadtgesellschaft bewährt. Diese hohe Qualität gilt es in Hagen zu sichern.

Beschlossen

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025 (UKM 21.02.24)

GRÜNER Antrag auf Ablehnung der HSK-Maßnahme 24_60.006 „Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliches Grün“ ab und empfiehlt dem Rat, ebenso zu entscheiden. Einsparungen würden zu einer Verschlechterung der Pflegequalität der Grünflächen führen, was unbedingt vermieden werden soll.

Abgelehnt

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025 (UKM 21.02.24)

Auf GRÜNEN Antrag soll die HSK-Maßnahme 24_60.007 „Ausbau ÖPNV“ abgelehnt werden. Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, muss jedoch umweltverträglich gestaltet werden. Der Masterplan „Nachhaltige und emissionsfreie Mobilität für die Stadt Hagen“ aus 2018 sieht vor, den Modal Split bis 2035 zugunsten des Umweltverbundes zu verändern, wobei der ÖPNV eine Schlüsselrolle spielt. Ein vergleichendes ÖPNV-Gutachten wurde 2023 politisch beschlossen und finanziell abgesichert. Angesichts dieser Ziele wäre eine Verschiebung des ÖPNV-Ausbaus kontraproduktiv und nicht zielführend für die Verkehrswende.

Abgelehnt

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025 (UKM 21.02.24)

Auf GRÜNEN Antrag soll die HSK-Maßnahme 24_69.006 „Sachkosteneinsparung im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz“ abgelehnt werden. Angesichts der Klimakrise und der hohen gesellschaftlichen Relevanz von Klima- und Umweltschutz wäre es kontraproduktiv, Maßnahmen wie die Nachhaltigkeitsstrategie oder den Umwelttag einzustellen, die wichtige Informationsangebote darstellen.

Abgelehnt

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025 (SBW 14.03)

Auf Antrag der GRÜNEN wird die Streichung "Klimagerechte Stadtentwicklung" aus dem Punkt 24_61.002 „Sachkosteneinsparung im Bereich Raumplanungen (Teilplan 0910) verhindert.

Beschlossen

ÖPNV Potthofstr. –Verlegung des Linienwegs (UKM 11.03.24

Es wurde beantragt, den Tagesordnungspunkt „ÖPNV Potthofstraße – Verlegung des Linienwegs“ auf die Sitzung des Ausschusses für Klima-, Umweltschutz und Mobilität am 20.03.2024 zu setzen. Ziel des Antrags ist es, die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Vorschlags zur dauerhaften Umleitung der Buslinien 518, 519, 527 und NE2 über die Potthofstraße zu beauftragen – unter besonderer Berücksichtigung der Minimierung von Konflikten mit dem Radverkehr. Dabei sollen Maßnahmen wie Markierungen, Ampelanlagen, bauliche Veränderungen oder andere geeignete Lösungen geprüft werden, um das Unfallrisiko zwischen rechtsabbiegenden Bussen und geradeausfahrenden Radfahrenden bzw. E-Scooter-Nutzer*innen zu verringern.

Zwischenbericht zum Kinder- und Jugendförderplan (JHA 24.04.24)

Die Verwaltung wird gebeten, dem Jugendhilfeausschuss in Zusammenarbeit mit dem Träger einen Bericht zur Mobil aufsuchenden Jugendarbeit vorzulegen. Dieser soll Ziele, Schwerpunkte, Erfahrungen, Entwicklungen und Zukunftsperspektiven der seit 2021 bestehenden Maßnahme darstellen, um einen Überblick über den aktuellen Stand und erste Erfolge der Arbeit zu erhalten.

Beschlossen

Zwischenbericht zum Kinder- und Jugendförderplan (JHA 24.04.24)

Die Verwaltung wird gebeten, dem Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit dem Träger einen Bericht zum Music Office Hagen vorzulegen. Der Bericht soll Ziele, Erfahrungen, Entwicklungen und Zukunftsperspektiven darstellen. Hintergrund ist die Diskussion im Rahmen des neuen Kultopia-Konzepts sowie der Wunsch nach einem Zwischenstand zur Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan 2021–2025 beschriebenen Angebote und Projekte des Music Office Hagen.

Beschlossen

Bericht zur Einführung der Bewohner*innenparkzone F (BV M 25.04.24)

Die Antragstellenden bitten die Verwaltung, der Bezirksvertretung Hagen-Mitte über die Einführung der Bewohner*innenparkzone F zum 01.04.2024 sowie über geplante Maßnahmen zur Durchsetzung zu berichten. Hintergrund sind bereits erkennbare Probleme bei der Einhaltung der Regelungen, insbesondere vermehrtes Parken ohne Ausweis oder Parkscheibe. Mögliche Gegenmaßnahmen sollen daher im Gremium beraten werden.

Schulstraßen (UKM 07.05.24)

Der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität (UKM) spricht sich grundsätzlich für die Einrichtung von Schulstraßen aus und bittet die Verwaltung, die Verkehrssituation an allen Grundschulen im Stadtgebiet auf deren Umsetzbarkeit zu prüfen. Dabei soll vorrangig an Standorten mit erhöhter Unfallgefahr durch „Elterntaxis“ oder bei entsprechendem Wunsch der Schulgemeinschaft geprüft werden. Grundlage ist der Erlass des Verkehrsministeriums NRW vom 7. Dezember 2023. Schulen, Eltern und Anwohnende sollen frühzeitig eingebunden werden. Die Befahrbarkeit für Anwohnende und notwendige Fahrten (z. B. Pflegedienste) muss dabei gewährleistet bleiben. Ziel ist es, die Schulwege sicherer und das Umfeld der Schulen verkehrsberuhigt zu gestalten.

Beschlossen

Sicherung des Fußwegs vor der Entladerampe des REWE-Lebensmittelmarktes in der Lützowstraße 111 (BV M 25.04.24)

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem REWE-Markt und den zuständigen Behörden Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation an der Entladerampe in der Lützowstraße 111 zu erarbeiten. Ziel ist es, den Gehweg vor dem Markt sicherer zu gestalten, da dieser regelmäßig durch parkende LKWs blockiert wird, was Fußgänger*innen – darunter auch Kinder, Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen – zwingt, auf die Straße auszuweichen. Mögliche Lösungen könnten ein abgesicherter Fußweg, Einschränkungen für das Parken von LKWs oder andere geeignete Maßnahmen sein. Die Bezirksvertretung Mitte soll zeitnah über den Umsetzungsstand informiert werden.

beschlossen

Maßnahmen im Hagener ÖPNV zum Fahrplanwechsel Sommer 2024 und Winter 2025 (UKM 18.06.24)

Die Verwaltung wird gebeten einen Bericht zu den geplanten Maßnahmen im Hagener ÖPNV zum Fahrplanwechsel im Sommer 2024 und Winter 2025 – insbesondere zur Vollendung des Spätverkehrs. Zudem soll dargelegt werden, warum bestimmte gut angenommene Spätfahrten beim Fahrplanwechsel im Januar 2024 ersatzlos gestrichen wurden, darunter u. a. Verbindungen auf den Linien 517, 518, 542, 511 sowie die Linie NE7. Auch bisher ungelöste Problemstellungen wie die S5-Anbindung, die Erschließung Altenhagens, die Anbindung größerer Siedlungen sowie Lücken im Übergang zwischen Tages- und Spätverkehr sollen aufgegriffen werden. Ziel ist es, bestehende Verbesserungsmaßnahmen konsequent fortzuführen und verbleibende Lücken im Angebot zu schließen.

Nichteinhaltung von Vorgaben aus Bebauungsplänen (UKM 18.06.24)

Die Verwaltung wird aufgefordert, insbesondere in Neubaugebieten verstärkt auf die Einhaltung der Vorgaben aus Bebauungsplänen zu achten und bei Verstößen konsequent einzugreifen. Zudem soll ein Konzept entwickelt werden, um Bauherr*innen frühzeitig und klar über die geltenden Auflagen und mögliche Konsequenzen bei Nichteinhaltung – etwa im Rahmen von Baugenehmigungen – zu informieren. Ziel ist es, die im Sinne von Klima- und Artenschutz beschlossenen Gestaltungsauflagen auch in der Praxis wirksam umzusetzen.

Geändert beschlossen: Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und darzulegen, inwiefern die bundesgesetzlichen Standards von den in der Hagerer Bauleitplanung festgelegten Vorgaben aus Bebauungsplänen abweichen.

Südosteuropa (SOE) Angebote für Zugewanderte und Akteure im Hilfesystem (SID 19.06.24)

Die Verwaltung gebeten um eine Darstellung der bestehenden Angebote für Menschen aus Südosteuropa (SOE) und um eine Einschätzung der Auswirkungen des Wegfalls der Landesförderung zum 31.12.2024. Zudem soll aufgezeigt werden, welche Kompensationsmöglichkeiten die Verwaltung vorschlägt. Hintergrund ist, dass das Landesprogramm „Zuwanderung aus Südosteuropa“ ausläuft und eine bloße Überführung in das Casemanagement KIM als unzureichend angesehen wird. Zur erfolgreichen Integration sollen etablierte, zielgerichtete Beratungsangebote erhalten bleiben.

Sachstandsbericht Gemeinsames Lernen an Hagerer Schulen (SAS 20.06.24)

Es wurde ein aktueller Sachstandsbericht zum Gemeinsamen Lernen an Hagerer Schulen im Schuljahr 2023/24 beantragt. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, wie viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf derzeit an Schulen des Gemeinsamen Lernens unterrichtet werden. Hintergrund ist, dass der letzte umfassende Bericht zu diesem Thema bereits im Mai 2017 vorgelegt wurde. Damals wurden Defizite bei der Ausstattung mit Lern- und Fördermaterialien sowie beim Zugang zu Diagnostik-Materialien festgestellt. Nach acht Jahren erwartet die Fraktion Informationen darüber, welche Fortschritte seitdem erzielt wurden. Zudem besteht Interesse an der Frage, ob es ein stadtweites Konzept für den Umgang mit Kindern mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung gibt oder ob jede Schule eigenständig vorgeht. Auch soll aufgezeigt werden, ob insbesondere im Bereich der Grundschulen bzw. beim Übergang in weiterführende Schulen ein Anstieg an Förderbedarfen infolge der Corona-Pandemie zu verzeichnen ist. Die Fraktion wünscht sich für die Sitzung des Schulausschusses am 20. Juni 2024 eine anschauliche Präsentation, wie sie bereits im Jahr 2017 erfolgt ist.

Internetpräsenz der Stadt Hagen (Rat 27.06.24)

Die Antragstellenden fordern die Verwaltung auf, in der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause über den Stand der geplanten Umgestaltung der städtischen Homepage zu berichten. Dabei soll eine Übersicht über bereits erfolgte Arbeitsschritte, kommende Meilensteine und ein konkreter Zeitplan für die Umstellung auf den neuen Internetauftritt vorgelegt werden. Hintergrund ist die veraltete Struktur der aktuellen Homepage sowie die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes an digitale Verwaltungsdienstleistungen.

Beschlossen

Schulentwicklungsplanung (Rat 27.06.24)

Die Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem gemeinsamen Antrag den kurzfristigen Ausbau von Schul- und Kitaplätzen in Hagen. Konkret soll auf dem Gelände des ehemaligen Reitervereins im Bereich Ischelnd eine neue Grundschule mit Kita entstehen, sowie im Gebiet „Im Dünnigsbruch“ eine mindestens vierzügige Gesamtschule. Die Verwaltung soll unverzüglich das notwendige Planungsrecht schaffen und die HEG mit Planung und Bau beauftragen. Ein externer Projektkoordinator soll die Maßnahmen effizient steuern, Doppelstrukturen sollen vermieden werden. Hintergrund ist der steigende Bedarf an Schul- und Förderplätzen sowie die zeitliche Unsicherheit beim Bau des Handball-Sportzentrums. Der Schulausschuss soll regelmäßig über den Fortschritt informiert werden.

Beschlossen

Online-Übersicht für geplante Baumfällungen (UKM 11.09.24)

Es wird die Einrichtung einer digitalen Übersichtskarte nach dem Vorbild der Stadt Leipzig gefordert, auf der geplante und durchgeführte Baumfällungen sowie Informationen zu Neu- und Ersatzpflanzungen transparent dargestellt werden. Ziel ist es, die bisherige tabellarische Darstellung nutzerfreundlicher und verständlicher zu gestalten. Hintergrund ist der wiederholte Unmut in der Bevölkerung über unklare oder nicht angekündigte Fällungen. Die Maßnahme soll zur Transparenz und Akzeptanz beitragen und Bürger*innen ermöglichen, sich quartiersbezogen über Baumaßnahmen zu informieren. Die Verwaltung soll die Umsetzbarkeit prüfen und dem UKM zeitnah berichten.

Beschlossen

Stand der Verbesserungen im ÖPNV und deren geplante Umsetzung (UKM 11.09.24)

Es wird ein Bericht der Verwaltung zu den geplanten Änderungen im Netz der Hagener Straßenbahn AG basierend auf der Diskussion im UKM am 18.06.2024 gefordert. Ziel ist es, offene Maßnahmen im Tages- und Spätverkehr zu klären und die weitere Umsetzung zu beraten. Dabei soll geprüft werden, ob einheitliche Standards im Spätverkehr für das gesamte Stadtgebiet realisierbar sind – unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen. Weitere Anträge behalten sich die Antragstellenden je nach Diskussionsverlauf vor.

Rettungsdienstgebührensatzung 2023: Finanzierung der Notfallsanitäter-Ausbildung (Rat 19.09.24)

Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP fordern eine externe Überprüfung des Vorgangs zur Finanzierung der Notfallsanitäter-Ausbildung im Rahmen der Rettungsdienstgebührensatzung 2023. Dabei sollen insbesondere Verantwortlichkeiten, rechtliche Grundlagen, Informationsweitergaben bei Personalwechseln sowie mögliche strukturelle Fehler aufgeklärt werden. Hintergrund ist ein Haushaltsverlust von über 950.000 Euro durch das Fehlen eines rechtzeitigen Ratsbeschlusses. Ziel ist es, Ursachen transparent zu analysieren und Maßnahmen zu entwickeln, um ähnliche Fehler künftig zu vermeiden.

Beschlossen

Maßnahmen zum Umgang mit Suchterkrankten und Wohnungslosen auf dem Vorplatz des Hagener Hauptbahnhofs (BVM 29.10.24)

Es werden Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Suchterkrankten und Wohnungslosen am Hagener Hauptbahnhof gefordert. Ziel ist es, durch soziale Ansprache und verstärkte Präsenz des Ordnungsamts für mehr Sauberkeit und gegenseitiges Verständnis zu sorgen. Zusätzlich soll eine temporäre WC-Anlage mit regelmäßiger Reinigung bis spätestens April 2025 eingerichtet sowie ein Abfallbehälter aufgestellt werden. Eine umfassende Reinigungsaktion, einschließlich der Entfernung nicht genutzter Fahrräder, soll den Bahnhofsvorplatz aufwerten. Die Maßnahmen sollen die Aufenthaltsqualität und Sicherheit verbessern und langfristig in die Planung des Bahnhofsquartiers einfließen.

Beschlossen

Sachstandsbericht zur Umsetzung von Radschutzstreifen (UKM 30.10.24)

Die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung von Radschutzstreifen in Hagen gebeten. Dabei soll dargestellt werden, welche Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept von 2019 bereits realisiert wurden, welche noch in Planung sind und warum bestimmte Vorhaben bisher nicht umgesetzt wurden. Ziel ist es, den Fortschritt bei der Förderung des Radverkehrs transparent nachzuvollziehen.

Umfassende Klimaneutralitätsstrategie für die Stadt Hagen (UKM 30.10.24)

Es wird ein detaillierter Bericht über alle geplanten und umgesetzten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität in Hagen gemäß den EU-Zielen bis 2040 bzw. 2045, inklusive konkreter Zwischenziele und Meilensteine gefordert – insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung, Planung und Verkehr. Aufbauend auf dem bestehenden Klimaschutzplan soll zudem eine Strategie entwickelt werden, wie Klimaneutralität bereits bis 2035 erreicht werden kann. Ein jährliches Monitoring und ein Fortschrittsbericht an den Rat sowie klar benannte Zuständigkeiten sollen die Umsetzung begleiten und sichern. Ziel ist es, Hagens Beitrag zum Klimaschutz zu stärken und die Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Beschlossen

Unverzügliche Sanierung der Sanitäranlagen der Turnhalle Garenfeld (Rat 12.12.24)

Die Verwaltung soll umgehend die Sanierung der Turnhalle Garenfeld beauftragen und dem Infrastruktur- und Bauausschuss in seiner Sitzung am 18.02.2025 über Kosten, Zeitplan und den voraussichtlichen Fertigstellungstermin berichten. Hintergrund ist die bereits seit Jahren geforderte Sanierung der stark sanierungsbedürftigen Sanitäranlagen. Trotz vorhandener Haushaltsmittel und vorliegender Beschlüsse wurde bislang keine Umsetzung erkennbar eingeleitet. Der Beschluss soll nun die schnelle Umsetzung sicherstellen.

Beschlossen

Rückstellungen und unterlassene Baumaßnahmen (Rat 12.12.24)

Es wird gefordert, dass der Haupt- und Finanzausschuss künftig bei der Bildung, Inanspruchnahme oder Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Hochbaumaßnahmen sowie für Instandhaltungen von Straßen und Brücken im Einzelfall beteiligt wird. Hintergrund sind die hohen Rückstellungssummen im Jahresabschluss 2022. Ziel ist eine stärkere politische Kontrolle und Transparenz bei einzelnen Maßnahmen.

Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen (PV) auf städtischen Dachflächen (Rat 12.12.24)

Auf GRÜNE Initiative wird gefordert, dass die Stadt Hagen bis April 2025 zehn geeignete städtische Dachflächen, die nicht für eigene PV-Projekte vorgesehen sind, an private Investoren oder genossenschaftliche Vereinigungen zur Installation von Solaranlagen verpachtet. Hintergrund ist der bisher stockende Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Dächern trotz Ratsbeschluss von 2022. Durch die Verpachtung können ungenutzte Flächen sinnvoll genutzt, Einnahmen generiert und ein Beitrag zur CO₂-Neutralität geleistet werden. Bei erfolgreicher Umsetzung soll das Modell auf weitere Dächer ausgeweitet werden.

Schriftlicher Sachstandsbericht zur Amerikanischen Roteiche am Hengsteysee (BV N 29.01.29)

Die Verwaltung wird gebeten, schriftlich über den aktuellen Stand im Umgang mit der Amerikanischen Roteiche am Hengsteysee zu berichten. Anlass ist eine beim Petitionsausschuss des Landtages eingereichte Eingabe, zu der die Stadt Hagen bereits um Stellungnahme gebeten wurde. Der Bericht soll auch den weiteren Zeitplan enthalten.

Schriftlicher Sachstandsbericht zum aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 4/21 (707) Wohnbebauung Dorfstraße Garenfeld (BV N 29.01.25)

Die Verwaltung wird gebeten, schriftlich über den aktuellen Stand des Bebauungsplans Nr. 4/21 (707) „Wohnbebauung Dorfstraße Garenfeld“ zu berichten. Der Plan wurde 2021 vom Rat beschlossen, die dazugehörige Veränderungssperre wurde 2022 erlassen und im April 2024 letztmalig um ein Jahr verlängert. Da eine weitere Verlängerung nicht möglich ist, soll die Verwaltung den aktuellen Bearbeitungsstand und das weitere Vorgehen darlegen.

Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche (JHA 05.02.25)

Auf GRÜNE Initiative wird die Prüfung der Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche in Hagen beantragt. Die Verwaltung soll gemeinsam mit dem Gesundheitsamt eine Projektskizze erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss bis Mitte 2025 über notwendige rechtliche, organisatorische, finanzielle und personelle Schritte berichten. Hintergrund ist die unzureichende Versorgungslage psychisch belasteter junger Menschen in Hagen, die sich durch lange Wartezeiten und fehlende ortsnahe Angebote zeigt. Ein solcher Dienst soll eine Versorgungslücke schließen und betroffenen Kindern sowie ihren Familien frühzeitige Hilfe und Orientierung bieten.

Beschlossen

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Stadionstraße vor dem Haupteingang zur Meinolfschule und am Schnittpunkt der Zufahrten zu Schule, Kita und Westfalenbad (BV M 13.03.25)

Die Verwaltung wird gebeten, in einer Sitzung verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Stadionstraße vor dem Eingang zur Meinolfschule und an der Zuwegung zur Kita Ischeland vorzuschlagen. Hintergrund sind wiederholte Berichte über gefährliche Situationen beim Überqueren der Straße durch Kinder, trotz Tempo 30, Halteverbot und entsprechender Beschilderung. Problematisch sind vor allem im Halteverbot parkende Autos, Wendemanöver sowie der Verkehr zum Westfalenbad. Fußgängerüberwege wären wünschenswert und durch neue gesetzliche Regelungen nun leichter umsetzbar.

Sachstand zur Einrichtung einer Netzwerkkoordination für die Sozialräume Altenhagen/Eckesey-Süd und Zentrum/Remberg gemäß Beschluss des SID vom 19.09.2023 (SID 26.03.25)

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung über den Umsetzungsstand der im September 2023 beschlossenen Netzwerkkoordination für die Sozialräume Altenhagen/Eckesey-Süd und Zentrum/Remberg zu berichten und zeitnah eine Ansprechperson für das Stadtteilforum Altenhagen zu benennen. Trotz Beschlusses ist die Umsetzung bislang nicht erfolgt. Besonders dringend ist die Wiederbesetzung einer städtischen Ansprechperson für das Stadtteilforum Altenhagen, da dieses aktuell ohne Unterstützung ruht und ein längerer Ausfall den Neustart erschwert. Auch weitere Aufgaben der Netzwerkkoordination stehen weiterhin aus.

Umsetzung der Istanbul-Konvention (SID 26.03.25)

Die Verwaltung soll eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einrichten, um der Verpflichtung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auf kommunaler Ebene nachzukommen. Ziel ist es, bestehende Strukturen zu stärken, lokale Akteure zu vernetzen und durch Monitoring, Präventionsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit wirksame Interventionsketten zu schaffen. Hintergrund ist die hohe Zahl an Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt auch in Hagen sowie die Empfehlungen des Städtetages und anderer Kommunen zur Einrichtung einer solchen Stelle.

2. ANFRAGEN

ÖPNV Poththofstraße (UKM 06.02.24)

Geplante Fällung der amerikanischen Roteiche am Hengsteysee und weiterer Bäume (UKM 06.02.24)

Sachstand finanzielle Beteiligung der Stadt Hagen am Ausbau von Windenergieanlagen und Freiflächenanlagen (UKM 06.02.24)

Geplante Fällung der amerikanischen Roteiche am Hengsteysee (SBW 07.02.24)

Internetpräsenz des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung (ABB 11.03.24)

HSK-Maßnahme 24.61.002 „Sachkosteneinsparung im Bereich Raumplanungen (Teilplan 0910) (SBW 14.03.24)

Verwendung der Inklusionspauschale (SAS 14.03.24)

Handhabung bei von Bürger*innen gemeldeten Falschparker*innen (HFA 02.05.24)

Handball-Sportzentrum Eintracht Hagen sowie Kita- und Schulstandorte Ischeland (Rat 16.05.24)

Internetpräsenz des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung (ABB 11.06.24)

Stadttauben (UKM 18.06.24)

Zwischenstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes zur Zuwanderung aus Südosteuropa (SAS 20.06.24)

Zustände im Männerasyl an der Tuchmacherstraße (SID 11.09.24)

Erlass der Landesregierung „Offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich“ (SAS 12.09.24)

Zusätzlichen Lehrerstellen und finanziellen Mitteln für die Gymnasien im Zuge der Umstellung von G 8 auf G 9 – Ankündigung der Landesregierung (SAS 05.12.24)

Situation in der Notschlafstelle für Frauen im Frankenweg (SID 12.02.25)

Aktueller Raumbedarf an der Gustav-Heinemann-Schule (SAS 13.02.25)

3. ÜBERSICHT WICHTIGE THEMEN

Haushalt

Roteiche Hengsteysee

Schulentwicklungsplanung – Gesamtschule Dünningbruch

Ebene 2

4. ABSCHLUSS

Im September 2025 steht in Nordrhein-Westfalen die nächste Kommunalwahl an – auch für Hagen ein bedeutender Zeitpunkt, um die kommunalpolitischen Weichen für die kommenden Jahre neu zu stellen. Die Arbeit der GRÜNEN Ratsfraktion in der laufenden Wahlperiode zeigt, dass wir nicht nur verlässlich und sachorientiert agieren, sondern auch mit klaren politischen Zielen: für eine soziale, ökologische und demokratische Stadt, die den Herausforderungen der Zeit aktiv begegnet.

Ob beim Klimaschutz, bei der Förderung nachhaltiger Mobilität, beim Erhalt sozialer Strukturen oder bei der Verbesserung der Bildungs- und Beteiligungschancen – unsere Initiativen in den Ausschüssen und Gremien tragen eine deutliche Handschrift. Diese Bilanz bildet die Grundlage für unseren anstehenden Kommunalwahlkampf.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, gemeinsam mit der Partei unsere inhaltlichen Schwerpunkte weiterzuentwickeln, unsere Erfolge sichtbar zu machen und konkrete Perspektiven für die nächsten fünf Jahre GRÜNE Politik in Hagen zu formulieren. Dabei wollen wir nicht nur die großen Linien einer nachhaltigen Stadtpolitik aufzeigen, sondern auch die konkreten Verbesserungen im Alltag der Menschen in den Mittelpunkt stellen – ob beim Ausbau von Schul- und Kitaplätzen, bei sicheren Radwegen, dem Erhalt grüner Infrastruktur oder dem Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.

